

Georgien: Herausforderungen und Unwägbarkeiten im Jahr 2020

In Georgien beginnen die Vorbereitungen für die Parlamentswahl im Oktober 2020. Die Partei „Georgischer Traum“ ist seit 2012 an der Regierung und bemüht sich um die Umsetzung der im Assoziierungsabkommen mit der EU geforderten Reformen. Die Regierung hat jedoch ihr Versprechen, das Wahlsystem zu reformieren, nicht eingehalten und sieht sich einer immer stärkeren Opposition gegenüber. Der Hohe Vertreter (HR/VP) wird voraussichtlich während der März-I-Tagung eine Erklärung zu Georgien abgeben.

Hintergrund: Georgiens Reformkurs

Georgien ist ein wichtiger [strategischer Partner](#) der EU im Südkaukasus. Das Land ist Mitglied der Östlichen Partnerschaft und unterzeichnete 2014 ein Assoziierungsabkommen mit der EU, das auch eine [vertiefte und umfassende Freihandelszone](#) umfasst und in dem als Gegenleistung für weitreichende Reformen in Wirtschaft und Politik eine Visaliberalisierung in Aussicht gestellt wurde, die schließlich 2017 in Kraft trat. Georgien [verpflichtete](#) sich beispielsweise, die in den vergangenen Jahren erfolgte massive Deregulierung der Wirtschaft rückgängig zu machen und die Unabhängigkeit und Transparenz seiner Justiz zu verbessern. Mit Blick auf die Justiz hat die EU daran mitgewirkt, dass eine staatliche Rechtsberatungsstelle [eingerrichtet](#) wurde, und Tausende von Beamten geschult. Bislang hat Georgien [durchaus Fortschritte](#) bei diesen Reformen erzielt, obwohl die Kommission in ihrer [Bewertung 2019](#) feststellte, dass diese Fortschritte in vielen Bereichen noch [gefestigt](#) werden müssen, etwa im Hinblick auf ein [transparenteres System](#) für die Ernennung von Richtern. Überdies ist die politische Polarisierung dabei [hinderlich](#).

Aktuelle politische Entwicklungen

In den vergangenen sechs Monaten verstärkte sich der Widerstand gegen die Regierungspartei „Georgischer Traum“ und ihren Parteichef, den Milliardär Bidsina Iwanischwili, zudem wächst die Besorgnis über demokratische [Rückschritte](#), und das Vertrauen in die Regierung schwindet. Im Juni 2019 kam es zu Massenprotesten, die von den Staatsorganen [gewaltsam](#) aufgelöst wurden. Im November ließ das Parlament die Pläne für eine Reform des Wahlsystems [scheitern](#), die [angekündigt](#) worden war, um die protestierende Öffentlichkeit zu beruhigen. Dies löste eine [zweite Welle](#) von Demonstrationen gegen Iwanischwili aus, der [im Verdacht steht](#), hinter dem Scheitern der Reform zu stehen. Das derzeitige Wahlsystem, eine Mischung aus relativer Mehrheitswahl in Wahlkreisen und Verhältniswahl, [gilt](#) weithin als Bevorzugung der Regierungspartei. Die Partei „Georgischer Traum“ hat derzeit eine überwältigende Mehrheit im Parlament und ist nach wie vor die größte Partei, obwohl die Unterstützung in den vergangenen Monaten [schwindet](#). Iwanischwili agiert seit Beginn der Proteste mit noch größerer Entschlossenheit. Ein [Urteil](#) des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom Juni 2019 ermöglichte einem seiner engen Verbündeten den [erneuten Erwerb](#) des größten zuvor im Besitz der Opposition befindlichen Fernsehkanals in Georgien. Als der Millionär und Bankier Mamuka Chasaradse [ankündigte](#), er wolle im Juli 2019 in die Politik gehen und gegen den „Georgischen Traum“ antreten, wurde er rasch der Geldwäsche [bezichtigt](#). Zudem wurde Giorgi Gacharia, der während der Proteste im Juni Innenminister war und gegen den [Rücktrittsforderungen erhoben](#) wurden, stattdessen im September zum Ministerpräsidenten [ernannt](#). Die Regierung läuft Gefahr, dass in diesem Jahr weitere Proteste stattfinden, zumal Präsidentin Surabischwili [bestätigte](#), dass der russische Außenminister Sergei Lawrow im Mai dieses Jahres in Tiflis an einem Gipfeltreffen des Europarates teilnehmen wird.

Das Europäische Parlament und Georgien

Das Europäische Parlament setzt sich im [Parlamentarischen Assoziationsausschuss EU-Georgien](#) für die Umsetzung des Assoziierungsabkommens ein. Die Koordinierungsgruppe [Demokratieförderung und Wahlen](#) betrachtet Georgien ebenfalls als vorrangiges Land und schlägt für 2020

EPRS Georgien: Herausforderungen und Unwägbarkeiten im Jahr 2020

Unterstützungsmaßnahmen vor, darunter auch eine Informationsreise und die Einleitung eines Dialogs zwischen Regierung und Opposition. Das Parlament machte immer wieder darauf aufmerksam, dass weitere [Justizreformen](#) durchgeführt werden müssen und dass die [Besetzung](#) und Anerkennung Abchasiens und Südossetiens durch Russland unrechtmäßig ist. Der aktuelle jährliche Bericht über die Durchführung des Assoziierungsabkommens wird voraussichtlich Ende dieses Jahres fertiggestellt.

Erklärung des HR/VP: [2020/2522\(RSP\)](#).

